

## **Pädagogen wollen in Bundeskompetenz Unterstützung für ihr Anliegen kommt von den Grünen und vom Team Stronach.**

Pädagogen fordern Handlungsbereitschaft: Seit mittlerweile 20 Jahren kämpft der Dachverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren bis sekundären Bildungseinrichtungen (ÖDKH) für die Überführung der Kindergärten und Horte in die Bundeskompetenz. Da es kein zuständiges Ministerium gebe, müsse das Kanzleramt nun die Sache in die Hand nehmen, forderte ÖDKH-Vorsitzende Raphaela Keller bei einer Pressekonferenz am Freitag.

### **Wer ist zuständig?**

So sei etwa das Unterrichtsministerium nur für die Ausbildung der Pädagogen - im Beruf sind es zu 99,5 Prozent Frauen - zuständig, Ausführungsgesetze bezüglich der Kindergärten seien aber Landessache. "Wir hören immer nur: 'Wir sind nicht zuständig. Fragen Sie doch die Länder' oder umgekehrt: 'Fragen Sie doch den Bund'", beklagte Keller. In den einzelnen Bundesländer mit ihren unterschiedlichen Entlohnungs- und Infrastrukturvorgaben heiße es immer wieder: "Bei uns geht's euch eh am besten."

### **Kleinere Kindergruppen**

Natürlich habe sich in den 20 Jahren seit Bestehen des ÖDKH einiges geändert, so Keller: "Als wir angefangen haben, gab es 33 bis 38 Kinder pro Gruppe." Mittlerweile sei man in allen Bundesländern darunter - im Regelfall sind es 20 bis 25 Kinder, in den Krippen bis zu 15. "Das ist aber noch immer zu viel". International empfohlen werde für Unter-Zwei-Jährige höchstens sechs Kinder, für Zwei- bis Dreijährige maximal zwölf und darüber maximal 20 Kinder pro Gruppe. Bei den Null- bis Zweijährigen sollten maximal drei Kinder auf einen Pädagogen kommen, bei den zwei- bis Dreijährigen fünf Kinder, bei den Drei- bis Sechsjährigen acht und den Sechs- bis Zwölfjährigen (Hort) zehn Kinder.

### **Mehr Personal**

Außerdem sollten künftig zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe während der gesamten Öffnungszeit anwesend sein. Darüber hinaus sollten für jede Person im Gruppenraum vier Quadratmeter zur Verfügung stehen - derzeit würden bei den entsprechenden Vorgaben Räume wie Turnsäle in die Mindestquadratmeterzahl eingerechnet, so Keller.

### **Relevanz noch nicht angekommen**

Nach wie vor sei der Gedanke, dass Bildung schon viel früher als in der Schule anfangen, in den Köpfen der Verantwortlichen noch nicht verankert: "In der Schule ist vieles schon zu spät", so Keller. "Es geht nichts ums Aufpassen, dass keiner dem anderen mit dem Baustein draufschlägt. Jede Sekunde ist Bildungszeit." Dies könne mit den derzeitigen Ressourcen aber nicht eingelöst werden: "Kinder brauchen persönliche Kommunikation, um etwas zu lernen."

Die Eltern sieht Keller leider nur zum Teil als Verbündete: "Eltern sind oft froh, wenn sie einen Kindergartenplatz haben, ab dann sind sie unkritisch. Es ist gut, dass das Kind unverletzt heimkommt, einmal eine Zeichnung dabei hat und gesungen und gespielt wird."

## **Verbesserungen in der Ausbildung gefordert**

Änderungen fordert Keller auch bei der Ausbildung: Derzeit wird mit der Absolvierung der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP), die ähnlich einer berufsbildenden höheren Schule organisiert ist, die Berufsberechtigung erworben. Künftig solle die BAKIP zu einem pädagogisch-sozialen Gymnasium entwickelt werden, an das sich die normale allgemeine tertiäre Pädagogenausbildung anschließt. Nach einer Basisausbildung von zwei Jahren wähle man dabei dann das Modul Elementarpädagogik, wünscht sich Keller.

## **Geldfrage**

Derzeit gehe nur eine Minderheit der ausgebildeten Kindergartenpädagogen tatsächlich in den Beruf, meinte Keller. Genaue Erhebungen dazu gebe es leider keine: "Wenn es 30 Prozent sind, sind's viel." Daher würden auch österreichweit Pädagogen gesucht. Der Rest der Absolventen besuche eine tertiäre Ausbildung, viele würden auch nach kurzer Zeit im Kindergarten aussteigen, wenn sie sehen, dass sie die in der Theorie gelernten Dinge in einer Gruppe mit 25 Kindern nicht umsetzen könnten. Weitere Probleme sieht Keller beim Gehalt: Aufgrund der Kompetenzzersplitterung gebe es mangels einheitlichem Kollektivvertrag 20 verschiedene Bezahlungssysteme. "Zum Teil wird unter Mindestlohn bezahlt."

## **Unterstützung von Grünen und Team Stronach**

Unterstützung für die Forderung der Kindergartenpädagogen nach Bundeskompetenz für die Elementarbildung kommt von Grünen, Team Stronach und der Jungen Industrie. "Weniger Kinder pro Pädagogin und Ausbildung auf Universitätsniveau sollten längst selbstverständlich sein", so die Grüne Familiensprecherin Daniela Musiol in einer Aussendung.

Die Grünen verlangen ein Bundesrahmengesetz im elementaren Bildungsbereich, "damit jedes Kind die gleichen Bildungschancen und jede PädagogIn die gleichen Arbeitsbedingungen vorfindet". Probleme orten sie im mangelnden Engagement der Gewerkschaft. Im Gegensatz zu den Lehrern mangle es Kindergartenpädagogen an einer starken gewerkschaftlichen Lobby. Für anhaltenden Widerstand fehlt ihnen oft die Kraft: "Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, hier nicht tatenlos zuzusehen sondern aktiv zu werden!"

Auch die Junge Industrie tritt für ein Bundesrahmengesetz zur Sicherung der Qualität und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen an den Kindergärten ein. "Wir müssen gerade in diesem Bereich den Föderalismus-Wahnsinn beenden", so Vorsitzende Therese Niss in einer Aussendung. Außerdem brauche es in diesem Bereich dringend mehr Investitionen und längere Öffnungszeiten.

Der stellvertretende Klubobmann des Team Stronach, Marcus Franz, kündigte einen parlamentarischen Antrag für eine Kompetenzvereinheitlichung an. "Diese Maßnahme ist längst überfällig", so Franz in einer Aussendung. Es brauche "einheitliche Kriterien im Sinne der Kinder, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen".

(apa/mn) Erstellt am 24.01.2014, 14:59

## Kindergartenpädagogen wollen endlich in Bundeskompetenz

24. Jänner 2014, 13:25

In Österreich ist oft unklar, wer für die Kindergärten zuständig ist.

### **Einheitliche Rahmenbedingungen und gemeinsame Pädagogenausbildung gefordert**

Wien - Seit mittlerweile zwanzig Jahren kämpft der Dachverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen in elementaren bis sekundären Bildungseinrichtungen (ÖDKH) für die Überführung der Kindergärten und Horte in die Bundeskompetenz. Da es kein zuständiges Ministerium gebe, müsse das Kanzleramt nun die Sache in die Hand nehmen, forderte Vorsitzende Raphaela Keller bei einer Pressekonferenz am Freitag.

So sei etwa das Unterrichtsministerium nur für die Ausbildung der Pädagogen zuständig, Ausführungsgesetze bezüglich der Kindergärten seien aber Landessache. "Wir hören immer nur: 'Wir sind nicht zuständig. Fragen Sie doch die Länder' oder umgekehrt: 'Fragen Sie doch den Bund'", beklagte Keller. In den einzelnen Bundesländern mit ihren unterschiedlichen Entlohnungs- und Infrastrukturvorgaben heiße es immer wieder: "Bei uns geht's euch eh am besten."

### **Weniger Kinder pro Gruppe**

Natürlich habe sich in den zwanzig Jahren seit Bestehen des Verbandes einiges geändert, so Keller: "Als wir angefangen haben, gab es 33 bis 38 Kinder pro Gruppe." Mittlerweile sei man in allen Bundesländern darunter - im Regelfall sind es 20 bis 25 Kinder, in den Krippen bis zu 15. "Das ist aber noch immer zu viel". International empfohlen werde für Unter-Zwei-Jährige höchstens sechs Kinder, für Zwei- bis Dreijährige maximal zwölf und darüber maximal 20 Kinder pro Gruppe. Bei den Null- bis Zweijährigen sollten maximal drei Kinder auf einen Pädagogen kommen, bei den zwei- bis Dreijährigen fünf Kinder, bei den Drei- bis Sechsjährigen acht und den Sechs- bis Zwölfjährigen im Hort zehn Kinder.

Außerdem sollten künftig zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe während der gesamten Öffnungszeit anwesend sein. Darüber hinaus sollten für jede Person im Gruppenraum vier Quadratmeter zur Verfügung stehen - derzeit würden bei den entsprechenden Vorgaben Räume wie Turnsäle in die Mindestquadratmeterzahl eingerechnet, so Keller.

### **"Jede Sekunde ist Bildungszeit"**

Nach wie vor sei der Gedanke, dass Bildung schon viel früher als in der Schule anfangen, in den Köpfen der Verantwortlichen noch nicht verankert: "In der Schule ist vieles schon zu spät", so Keller. "Es geht nichts ums Aufpassen, dass keiner dem anderen mit dem Baustein draufschlägt. Jede Sekunde ist Bildungszeit." Dies könne mit den derzeitigen Ressourcen aber nicht eingelöst werden: "Kinder brauchen persönliche Kommunikation, um etwas zu lernen."

Die Eltern sieht Keller leider nur zum Teil als Verbündete: "Eltern sind oft froh, wenn sie einen Kindergartenplatz haben, ab dann sind sie unkritisch. Es ist gut, dass das Kind unverletzt heimkommt, einmal eine Zeichnung dabei hat und wenn gesungen und gespielt wird."

### **Tertiäre Ausbildung gewünscht**

Änderungen fordert Keller auch bei der Ausbildung: Derzeit wird mit der Absolvierung der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP), die ähnlich einer berufsbildenden höheren Schule organisiert ist, die Berufsberechtigung erworben. Keller wünscht sich die BAKIP zu einem pädagogisch-sozialen Gymnasium

zu entwickeln, an das sich die normale allgemeine tertiäre Pädagogenausbildung anschließt. Nach einer Basisausbildung von zwei Jahren wähle man dabei dann das Modul Elementarpädagogik.

Derzeit gehe nur eine Minderheit der ausgebildeten Kindergartenpädagogen tatsächlich in den Beruf, meinte Keller. Genaue Erhebungen dazu gebe es leider keine: "Wenn es 30 Prozent sind, sind's viel." Daher würden auch österreichweit Pädagogen gesucht. Der Rest der Absolventen besuche eine tertiäre Ausbildung, viele würden auch nach kurzer Zeit im Kindergarten aussteigen, wenn sie sehen, dass sie die in der Theorie gelernten Dinge in einer Gruppe mit 25 Kindern nicht umsetzen könnten. Weitere Probleme sieht Keller beim Gehalt: Aufgrund der Kompetenzzersplitterung gebe es mangels einheitlichem Kollektivvertrag 20 verschiedene Bezahlungssysteme. "Zum Teil wird unter Mindestlohn bezahlt."

## **Unterstützung von Grünen und Team Stronach**

Unterstützung für die Forderung der Kindergartenpädagogen nach Bundeskompetenz für die Elementarbildung kommt von Grünen, Team Stronach und der Jungen Industrie. "Weniger Kinder pro Pädagogin und Ausbildung auf Universitätsniveau sollten längst selbstverständlich sein", so die [Grüne](#) Familiensprecherin Daniela Musiol in einer Aussendung.

Die Grünen verlangen ein Bundesrahmengesetz im elementaren Bildungsbereich. Probleme orten sie im mangelnden Engagement der Gewerkschaft. Im Gegensatz zu den Lehrern mangle es Kindergartenpädagogen an einer starken gewerkschaftlichen Lobby.

## **"Föderalismus-Wahnsinn beenden"**

Auch die Junge Industrie tritt für ein Bundesrahmengesetz zur Sicherung der Qualität und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen an den Kindergärten ein. "Wir müssen gerade in diesem Bereich den Föderalismus-Wahnsinn beenden", so Vorsitzende Therese Niss in einer Aussendung. Außerdem brauche es in diesem Bereich dringend mehr Investitionen und längere Öffnungszeiten.

Der stellvertretende Klubobmann des Team Stronach, Marcus Franz, kündigte einen parlamentarischen Antrag für eine Kompetenzvereinheitlichung an. "Diese Maßnahme ist längst überfällig", so Franz in einer Aussendung. Es brauche "einheitliche Kriterien im Sinne der Kinder, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen". (APA, 24.1.2014)

<http://oe1.orf.at/programm/361700>

Kindergarten-Pädagoginnen fordern Ausbildungsreform

Letztes Jahr wurde eine neue Ausbildung für Pädagog/innen beschlossen - dabei wurde der Kindergarten nicht einbezogen, obwohl das viele Bildungs-Fachleute gefordert hatten. Heute verlangt der österreichische Dachverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen erneut eine grundlegende Ausbildungsreform.

Mit: Karin Wadlin, Kärntner Vorsitzende, öst. Dachverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen

Gestaltung: Helga Lazar

<http://volksgruppen.orf.at/hrvati/stories/2627235/>

Tamara auf kroatisch ☺

## Inland Kindergartenpädagogen wollen in Bundeskompetenz

Seit mittlerweile 20 Jahren kämpft der Dachverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen und -pädagogen in elementaren bis sekundären Bildungseinrichtungen (ÖDKH) für die Überführung der Kindergärten und Horte in die Bundeskompetenz. Da es kein zuständiges Ministerium gebe, müsse das Kanzleramt nun die Sache in die Hand nehmen, forderte ÖDKH-Vorsitzende Raphaela Keller heute bei einer Pressekonferenz.

### **Niemand zuständig?**

So sei etwa das Unterrichtsministerium nur für die Ausbildung der Pädagogen - im Beruf sind es zu 99,5 Prozent Frauen - zuständig, Ausführungsgesetze bezüglich der Kindergärten seien aber Landessache. „Wir hören immer nur: ‚Wir sind nicht zuständig. Fragen Sie doch die Länder‘ oder umgekehrt: ‚Fragen Sie doch den Bund‘“, beklagte Keller. In den einzelnen Bundesländern mit ihren unterschiedlichen Entlohnungs- und Infrastrukturvorgaben heiße es immer wieder: „Bei uns geht’s euch eh am besten.“

### **Ziele noch nicht erreicht**

Natürlich habe sich in den 20 Jahren seit Bestehen des ÖDKH einiges geändert, so Keller: „Als wir angefangen haben, gab es 33 bis 38 Kinder pro Gruppe.“ Mittlerweile sei man in allen Bundesländern darunter - im Regelfall sind es 20 bis 25 Kinder, in den Krippen bis zu 15. „Das ist aber noch immer zu viel.“

International empfohlen würden für unter Zweijährige höchstens sechs Kinder, für Zwei- bis Dreijährige maximal zwölf und darüber maximal 20 Kinder pro Gruppe. Bei den Null- bis Zweijährigen sollten maximal drei Kinder auf einen Pädagogen kommen, bei den Zwei- bis Dreijährigen fünf Kinder, bei den Drei- bis Sechsjährigen acht und den Sechs- bis Zwölfjährigen (Hort) zehn Kinder.

Außerdem sollten künftig zwei pädagogische Kräfte pro Gruppe während der gesamten Öffnungszeit anwesend sein. Darüber hinaus sollten für jede Person im Gruppenraum vier Quadratmeter zur Verfügung stehen - derzeit würden bei den entsprechenden Vorgaben Räume wie Turnsäle in die Mindestquadratmeterzahl eingerechnet, so Keller.

### **Unterstützung von Grünen und Team Stronach**

Unterstützung für die Forderung der Kindergartenpädagogen nach Bundeskompetenz für die Elementarbildung kommt von Grünen, Team Stronach (TS) und der Jungen Industrie. „Weniger Kinder pro Pädagogin und Ausbildung auf Universitätsniveau sollten längst selbstverständlich sein“, so die grüne Familiensprecherin Daniela Musiol in einer Aussendung. Der stellvertretende TS-Klubobmann Marcus Franz kündigte einen parlamentarischen Antrag für eine Kompetenzvereinheitlichung an.

## **Kindergärten wollen in Bundeshand**

**Der Dachverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen fordert, dass die Kindergärten von den Ländern zum Bund übergehen. Kritik wird am geringen Gehalt der Pädagoginnen geübt.**

24.01.2014 | 13:17 | (DiePresse.com)

Kindergärten sind in Österreich Ländersache - genau daran stoßt sich der Dachverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen (ÖDKH). Sie wollen die Kindergärten und Horte in der Hand des Bundes sehen. Da es kein zuständiges Ministerium gebe, müsse das Kanzleramt nun die Sache in die Hand nehmen, forderte ÖDKH-Vorsitzende Raphaela Keller.

### **Zu viele Kinder in einer Gruppe**

Kritik übt der Dachverband der Kindergarten- und HortpädagogInnen auch an den Betreuungsverhältnissen. Im Regelfall sind 20 bis 25 Kinder in einer Gruppe, in den Krippen bis zu 15. "Das ist noch immer zu viel". International empfohlen werde für Unter-Zwei-Jährige höchstens sechs Kinder, für Zwei- bis Dreijährige maximal zwölf und darüber maximal 20 Kinder pro Gruppe. Außerdem seien zu wenig Pädagogen in den Gruppen. Bei den Null- bis Zweijährigen sollten maximal drei Kinder auf einen Pädagogen kommen, bei den zwei- bis Dreijährigen fünf Kinder, bei den Drei- bis Sechsjährigen acht und den Sechs- bis Zwölfjährigen (Hort) zehn Kinder.

Änderungen fordert Keller auch bei der Ausbildung: Derzeit wird mit der Absolvierung der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik (BAKIP), die ähnlich einer berufsbildenden höheren Schule organisiert ist, die Berufsberechtigung erworben. Künftig solle die BAKIP zu einem pädagogisch-sozialen Gymnasium entwickelt werden, an das sich die normale allgemeine tertiäre Pädagogenausbildung anschließt. Nach einer Basisausbildung von zwei Jahren wähle man dabei dann das Modul Elementarpädagogik, wünscht sich Keller.

### **"Zum Teil wird unter Mindestlohn bezahlt"**

Derzeit gehe nur eine Minderheit der ausgebildeten Kindergartenpädagogen tatsächlich in den Beruf, meinte Keller. Genaue Erhebungen dazu gebe es leider keine: "Wenn es 30 Prozent sind, sind's viel." Daher würden auch österreichweit Pädagogen gesucht.

Weitere Probleme sieht Keller beim Gehalt: Aufgrund der Kompetenzzersplitterung gebe es mangels einheitlichem Kollektivvertrag 20 verschiedene Bezahlungssysteme. "Zum Teil wird unter Mindestlohn bezahlt."

(APA)

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20140124\\_OTS0131/musiol-kindergarten-gehört-in-bundeskompetenz](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140124_OTS0131/musiol-kindergarten-gehört-in-bundeskompetenz)

Stichworte: [Grüne](#), [Innenpolitik](#), [Kindergarten](#), [Musiol](#), [Politik](#) Channel: [Politik](#)  
*OTS0131* 24. Jan. 2014, 13:16

## Musiol: Kindergarten gehört in Bundeskompetenz Grüne fordern mehr Unterstützung durch Gewerkschaft

Wien (OTS) - "Ich unterstütze den großen Einsatz des Dachverbands der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen (ÖDKH) für den elementaren Bildungsbereich. Es ist ein großer Verdienst des ÖDKH, dass wir heute von Kindergärten als Bildungseinrichtungen sprechen und das Bild der sorgenden Kindergartentante längst der Vergangenheit angehört", erklärt [Daniela Musiol](#), Familiensprecherin der Grünen.

Kinder erfahren in Krippen und Kindergärten durch die enge Beziehung zu gut ausgebildeten PädagogInnen eine wichtige Förderung für ihren weiteren Lebensweg. Voraussetzungen sind hierfür sowohl die gute Ausbildung des Personals als auch gute Rahmenbedingungen für die tägliche Arbeit mit Kindern." Die Regierung täte gut daran, den elementaren Bildungsbereich in Bundeskompetenz zu nehmen und die Expertise des ÖDKH in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen", so Musiol und weiter: "Weniger Kinder pro Pädagogin und Ausbildung auf Universitätsniveau sollten längst selbstverständlich sein." Die Grünen werden weiterhin gemeinsam mit dem ÖDKH für ein Bundesrahmengesetz im elementaren Bildungsbereich kämpfen, damit jedes Kind die gleichen Bildungschancen und jede PädagogIn die gleichen Arbeitsbedingungen vorfindet.

Im Gegensatz zur Lehrgewerkschaft mangelt es KindergartenpädagogInnen an einer starken gewerkschaftlichen Lobby, die ihre Interessen vertritt. Bei den letzten Protesten 2009 ist es gelungen, den großen Unmut der Berufsgruppe öffentlich sichtbar zu machen. Für anhaltenden Widerstand fehlt den PädagogInnen aber oft die Kraft. "Es ist Aufgabe der Gewerkschaft, hier nicht tatenlos zuzusehen sondern aktiv zu werden!" fordert Musiol.

Stichworte: [Bildung](#), [Franz](#), [Gesellschaft](#), [Kinder](#), [Kindergarten](#), [Team Stronach](#) Channel: [Politik](#)  
OTS0147 24. Jan. 2014, 14:11

## **Stronach/Franz: Kindergärten und Horte müssen in die Bundeskompetenz**

### **Ausbildung der Kindergartenpädagogen aufwerten - Frühkindliche Förderung bringt emotionalen, erzieherischen und volkswirtschaftlichen Nutzen**

Wien (OTS) - Der stv. Team Stronach Klubobmann Abg. Dr. Marcus Franz unterstützt die Forderung des Dachverbands der Kindergarten- und HortpädagogInnen, die Kindergärten und Horte in die Bundeskompetenz zu überführen. "Diese Maßnahme ist längst überfällig. Die derzeitige Zersplitterung der Kompetenzen ist nicht mehr zeitgemäß. Es braucht einheitliche Kriterien im Sinne der Kinder, Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen", so Franz, der eine diesbezügliche parlamentarische Initiative (Antrag) des Team Stronach ankündigt.

Franz verweist in diesem Zusammenhang auf die in den Ländern unterschiedlichen Standards bei der Ausbildung und Bezahlung der Kindergartenpädagogen, aber auch bei Öffnungszeiten, Ausstattung und Gruppengrößen der Kindergärten. Das Team Stronach fordert daher, dass die Ausbildung der Kindergartenpädagogen aufgewertet wird. "Der Kindergarten ist die erste und eine extrem wichtige Ausbildungseinrichtung. Die frühkindliche Förderung bringt nicht nur einen emotionalen und erzieherischen, sondern auch einen enormen volkswirtschaftlichen Nutzen. Die Kinder sind unsere Zukunft und in diese müssen wir investieren", so der Team Stronach Abgeordnete.

[http://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20140124\\_OTSS0089/junge-industrie-fordert-bundesrahmengesetz-fuer-kindergaerten](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140124_OTSS0089/junge-industrie-fordert-bundesrahmengesetz-fuer-kindergaerten)

Stichworte: [Bildung](#), [Junge Industrie](#), [Kindergarten](#), [Niss](#), [Wirtschaft und Finanzen](#) Channel: [Wirtschaft OTS0089](#) 24. Jan. 2014, 11:24

## **Junge Industrie fordert Bundesrahmengesetz für Kindergärten**

### **JI-Vorsitzende Niss: Qualität frühkindlicher Bildung darf nicht vom Wohnsitz abhängen - Österreich hat Anschluss an Europa verpasst - Mehr Investitionen notwendig**

Wien (OTS) - "Es kann nicht sein, dass die Qualität frühkindlicher Bildungseinrichtungen in Österreich immer noch vom Wohnort abhängt. Wir brauchen dringend ein Bundesrahmengesetz zur Sicherung der Qualität und Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen für alle österreichischen Kindergärten", so die Bundesvorsitzende der Jungen Industrie (JI), Dr. Therese Niss, heute, Freitag, mit Blick auf die Pressekonferenz des Dachverbandes der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen (ÖDKH). "Wir müssen gerade in diesem Bereich den Föderalismus-Wahnsinn beenden. Außerdem brauchen wir in diesem Bereich dringend mehr Investitionen." Auf lange Sicht würde dies sogar Geld sparen, so Niss: "Derzeit müssen wir viel Geld aufwenden, um später halbwegs auszubügeln, was unser Bildungssystem nicht schafft. Auch die Unternehmen müssen viel Geld in die Hand nehmen, um beispielsweise Lehrlinge überhaupt erst fit für den Arbeitsmarkt zu machen - das ist eigentlich Aufgabe des Bildungssystems."

Alle Bildungswissenschaftler und -experten seien sich einig, dass Hort und Kindergarten unbedingt als erste Bildungseinrichtungen verstanden werden müssten. "In Sonntagsreden bekennt sich auch die Politik zum Kindergarten als Bildungsinstitution - nur müssen wir dann auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen", wie Niss forderte. So sei Österreich mittlerweile auch das einzige Land in der EU, das keine Ausbildung auf tertiärem Niveau für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen vorsehe. "Eine ordentliche Ausbildung muss auch mit einer adäquaten Entlohnung einhergehen, das muss uns das Wohl unserer Kinder aber auch wert sein." Es sei zwar bis zu einem gewissen Grad verständlich, wenn seitens der Politik immer wieder zu hören sei, dass eine solche Umstellung nicht von heute auf morgen möglich sei. "Aber umso wichtiger wäre einmal das grundsätzliche Bekenntnis der Politik, sich das verpflichtende Ziel zu setzen, auch im Bereich der frühkindlichen Bildung endlich zumindest europäische Standards zu erreichen. Exzellenz wäre besser, aber das wäre derzeit wohl zu viel verlangt."

Mehr Flexibilität brauche es bei den Öffnungszeiten, dies sei "alleine für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf" notwendig, so Niss, die daher forderte: "Die Öffnungszeiten von Hort und Kindergarten sollten sich nach den Arbeitszeiten richten und nicht umgekehrt." Die JI hatte bereits Ende 2011 gemeinsam mit dem Dachverband der Berufsgruppen der Kindergarten- und HortpädagogInnen (ÖDKH) einen Forderungskatalog für grundlegende Reformen im Bereich der frühkindlichen Bildung vorgelegt.